

Deutsche Zustände

Unruhige Zeiten

Presseinformation

zur Präsentation der Langzeituntersuchung

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Freitag, 03.12.2010, 11.00 – 12.30 Uhr

Tagungszentrum im Hause der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40,
10117 Berlin

Inhalt

	Seite
1. Das Langzeitprojekt	1
2. Unruhige gesellschaftliche Zustände. Krisenbetroffenheit, Ökonomisierung und <i>Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit</i> (GMF)	3
3. Entwicklung der GMF und die Bedeutung höheren Einkommensgruppen	6
4. Sozialmoralische Zustände. Entsolidarisierung und Abwertung im Namen der Gerechtigkeit	10
5. Politische Zustände. Demokratieentleerung, Rechtspopulismus und Islamfeindlichkeit	12
6. Empirisches Fazit	14
7. Interpretation der Ergebnisse	15
8. Details: Indikatoren zur Erfassung und Prozentwerte der Zustimmung	17

Der Bände 1-9 „Deutsche Zustände“ sind im Suhrkamp-Verlag erschienen

Kontakt:

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer (Tel. 0521-106 3164; ikg@uni-bielefeld.de)

Dr. Beate Küpper (Tel. 0521-106 2443; beate.kuepper@uni-bielefeld.de)

Sekretariat: Ulrike Rogat (Tel. 0521-106 3162; ulrike.rogat@uni-bielefeld.de)

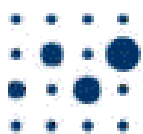
1. Das Langzeitprojekt

Die Langzeitstudie *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* in Deutschland untersucht seit 2002 mit 10jähriger Laufzeit die Ausmaße, Entwicklungen und Ursachen von Vorurteilen gegenüber unterschiedlichen Adressatengruppen. Es geht um die Abwertung von Menschen aufgrund von ethnischen, kulturellen oder religiösen Merkmalen, der sexuellen Orientierung, des Geschlechts, einer körperlichen Einschränkung oder aus sozialen Gründen. Wir gehen davon aus, dass Vorurteile gegenüber unterschiedlichen Gruppen ein *Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* bilden, in dessen Zentrum eine *Ideologie der Ungleichwertigkeit* steht. Dies konnten wir empirisch nachweisen.

Das Projekt ist das weltweit das größte Vorurteilsprojekt, sowohl durch die 10-Jährige Laufzeit als auch aufgrund der differenzierten Berücksichtigung verschiedener Vorurteile und ihrer Ursachen. Seit 2002 findet jährlich eine telefonische Befragung einer repräsentativen Auswahl der deutschen Bevölkerung statt. Im Mai/Juni 2010 wurden 2000 Personen befragt.

In der 9. Folge des jährlichen Reportes „Deutsche Zustände“ wird die Frage nach den Folgen der Wirtschaftskrise gestellt. Welche Auswirkung hat das Gefühl der Bedrohung durch die Krise auf Einstellungen zu schwachen Gruppen? Wie steht es um die Solidarität in unserer Gesellschaft, und welche Entwicklung zeichnet sich dabei gerade in den höheren Einkommensgruppen ab? Welches Verständnis von Gerechtigkeit gibt es, wem wird Unterstützung zugebilligt, wem nicht, und welche Auswirkung hat die Ökonomisierung der Gesellschaft für Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen?

Gefördert wird die Studie von einem Stiftungskonsortium unter Federführung der VolkswagenStiftung mit Beteiligung der Möllgaard- und Freudenberg-Stiftung. Zu den Kooperationspartnern gehört auch der Suhrkamp-Verlag.



VolkswagenStiftung

Suhrkamp Verlag

FREUDENBERG
STIFTUNG



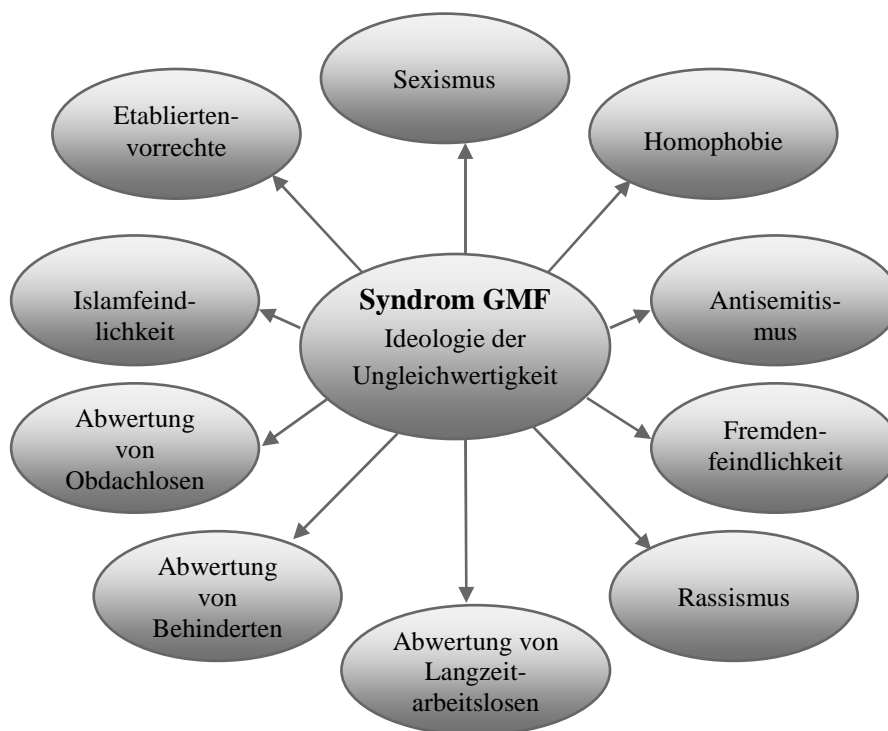
Stifterverband
für die Deutsche Wissenschaft

Marga und Kurt
Möllgaard-Stiftung

1.1. Das Syndrom der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*

Das Forschungsprojekt geht der Frage nach, wie Menschen aufgrund von ethnischen, kulturellen oder religiösen Merkmalen, der sexuellen Orientierung, des Geschlechts, einer körperlichen Einschränkung oder aus sozialen Gründen in dieser Gesellschaft von der Mehrheit wahrgenommen werden und mit feindseligen Mentalitäten konfrontiert sind. Vorurteile gegenüber diesen unterschiedlichen Adressatengruppen teilen einen gemeinsamen Kern, der sich als eine Ideologie der Ungleichwertigkeit identifizieren lässt. In Erhebungsjahr 2010 haben wir 10 Elemente eines solchen Syndroms der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* berücksichtigt.

Abb. 1: Elemente des Syndroms *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*



2. Unruhige gesellschaftliche Zustände. Krisenbetroffenheit, Ökonomisierung und *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*

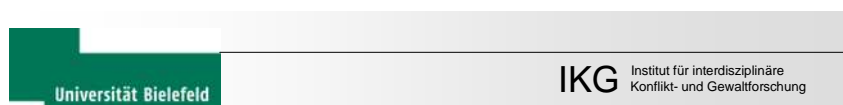
Unsere Aufmerksamkeit gilt in den letzten Jahren, insbesondere seit 2008, den Auswirkungen der – vergangenen, verdeckten oder vielleicht auch schwelenden Krisen –, ausgelöst durch den Kollaps der Finanzmärkte. Welche Folgen hat die Krise mit Blick auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit?

Seit Beginn der zugespitzten offenkundigen Krisenentwicklung im Herbst 2008 haben wir es mit *disparaten* Entwicklungen zu tun.

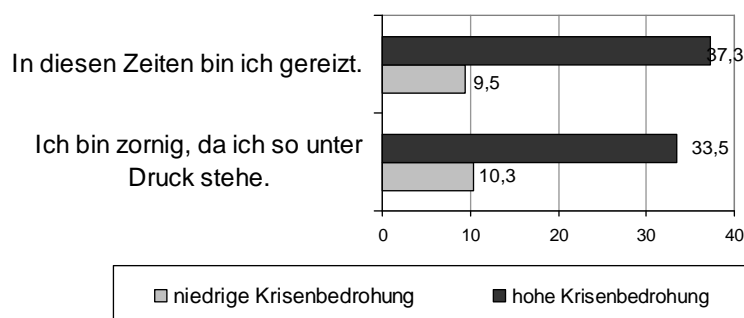
- Der Finanzsektor ist nach wie vor höchst labil.
- Die Wirtschaftskrise in Form von Zuwachsraten und Arbeitsmarktentwicklungen weisen im Herbst 2010 eher in eine positive Richtung ohne Garantie der Stabilität für eine auch *qualitative* Verbesserung der Arbeitsverhältnisse.
- Die Fiskalkrise für Kommunen ist hartnäckig krisenhaft und immer noch nicht in ihren vollen Auswirkungen erkennbar.
- Und die Gesellschaftskrise ist offenkundig etwa im Verhältnis von regierender Politik und zivilgesellschaftlichem Engagement oder im Verhältnis zu zugewanderten Teilen der Bevölkerung.

Der Anteil derjenigen, die sich durch die aktuellen wirtschaftliche Entwicklungen bedroht fühlen, hat von 47 % in 2009 auf 53 % in 2010 signifikant zugenommen.

Dies schlägt sich auch in aggressiven Stimmungen nieder. Rund 34 % sind zornig, da sie so unter Druck stehen. Das gilt für jene, die sich von der Krise bedroht fühlen.



Aggression und Krisenbedrohung
(Zustimmung in Prozent)

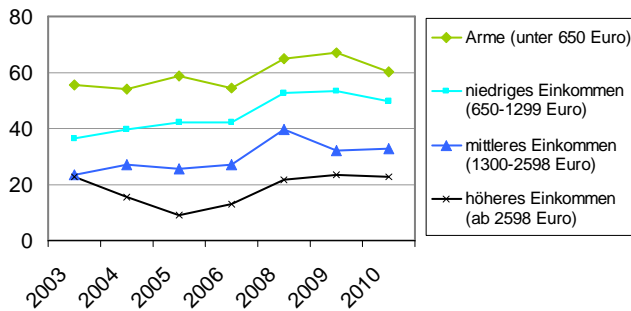


Auffallend ist die Entwicklung in den oberen Einkommensgruppen:

Bei den Besserverdienenden steigt der Anteil derjenigen, die meinen, weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten.

– trotz der Umverteilung vom unten nach oben gemessen anhand objektiver Daten.

Gerechter Anteil (Prozentsatz der Personen, die der Meinung sind, sie erhielten weniger als ihren gerechten Anteil)

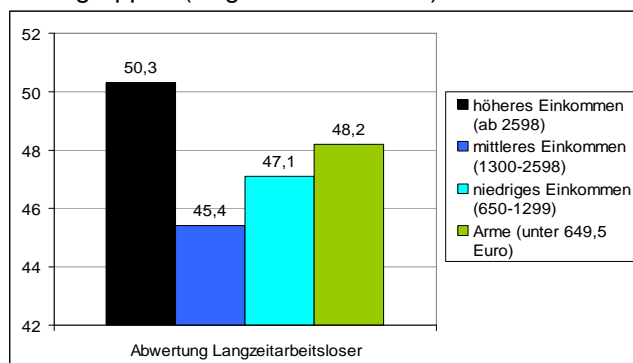


12

Diese Positionen in den höheren Einkommensgruppen gehen einher mit deutlicher Ablehnung von sozial ausgleichender Unterstützung für Personengruppen am Rande der Gesellschaft. Dies zeigt sich für Arbeitslose ebenso wie bei den Obdachlosen als gekennzeichnete volkswirtschaftlich Nutzlose (s. Kapitel 4). Vor allem in den höheren Einkommensgruppen steigt die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (s. Kapitel 3).

Höherverdienende werten Langzeitarbeitslose mit 50% deutlich mehr ab als Befragte in niedrigeren Einkommensgruppen dies tun.

Abwertung von Langzeitarbeitslosen in verschiedenen Einkommensgruppen (Angaben in Prozent)



14

Wer eine ökonomistische Sichtweise teilt – d.h. Menschen nach ihrem Nutzen beurteilt – neigt deutlich eher zur Abwertungen schwacher Gruppen. Der Zusammenhang ist bei denen besonders hoch, die sich selbst „oben“ verorten.

Tabelle: Korrelationen zwischen einer ökonomistischen Sichtweise und Elementen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit getrennt für Befragte, die ihren eigenen sozialen Status eher „unten“, in der „Mitte“ oder „oben“ verorten.

	Unten (N=80)	Mitte (N=702)	Oben (N=64)
Abwertung Langzeitarbeitsloser	,39***	,48***	,68***
Abwertung Obdachloser	,41***	,30***	,51***
Etabliertenvorrechte	,20 (n.s.)	,31***	,45***
Fremdenfeindlichkeit	,14 (n.s.)	,28***	,58***
Islamfeindlichkeit	,18 (n.s.)	,25***	,59***
Rassismus	,13 (n.s.)	,26***	,34***

Anm.: Je höher der Wert, desto enger der Zusammenhang (Maximum = 1).

***: der Zusammenhang ist hoch signifikant auf dem 0,1%-Signifikanzniveau.

Insgesamt ist eine ökonomistische Durchdringung sozialer Verhältnisse zu registrieren. Sie fördert auch den Flexibilitätszwang, um aufzusteigen, zu sichern oder Abstiege zu verhindern. Führt diese Flexibilisierung nicht zum beruflichen Erfolg, hängt damit eine verstärkte Gewaltbilligung und -bereitschaft zusammen.

Die Frage ist, wie sich vor diesem Hintergrund die Entwicklung der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* abbildet.

3. Die Entwicklung des Syndroms

Gegen welche Gruppen steigen die Ressentiments, wo nehmen sie ab

Zur Methode und Darstellung:

Jedes Element der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurde mit zwei oder drei Aussagen erfasst. Dies gewährleistet eine zuverlässige Erfassung jedes Elements. Signifikante Veränderungen beobachten wir anhand von *Mittelwerten* dieser Einzelindikatoren. Dies bietet ein verlässlicheres Bild als der Blick auf Einzelindikatoren. Die Mittelwerte rangieren von 1 bis 4, d. h., je höher die Werte ausgeprägt sind, desto höher sind auch die feindseligen Mentalitäten. Im Anhang finden sich weitere Abbildungen über die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen, die zur Erfassung eines Elements verwendeten wurden. Angegeben ist dort jeweils der *Prozentsatz* von Befragten, die einer Aussage zugestimmt haben.

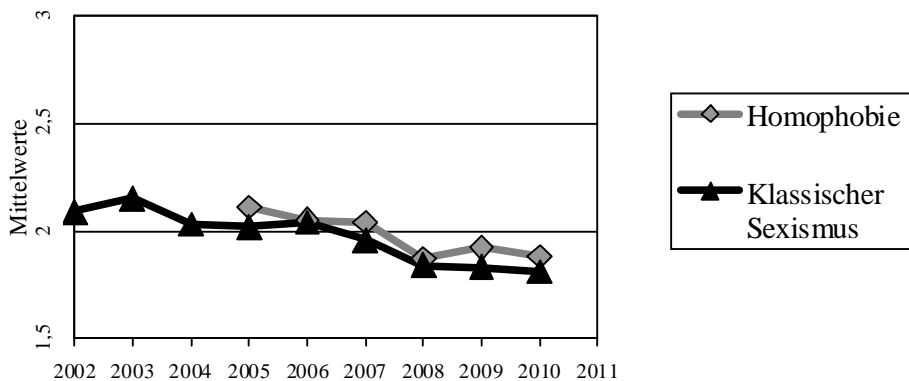
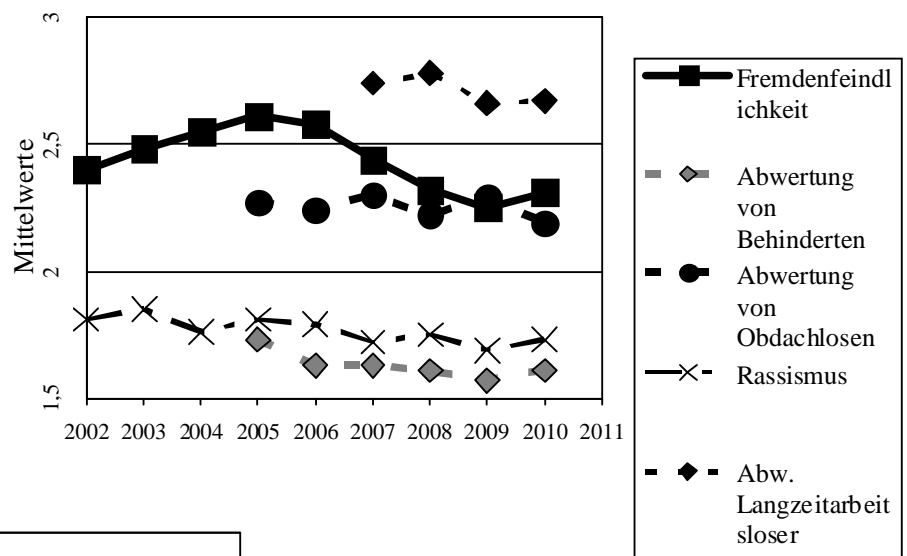
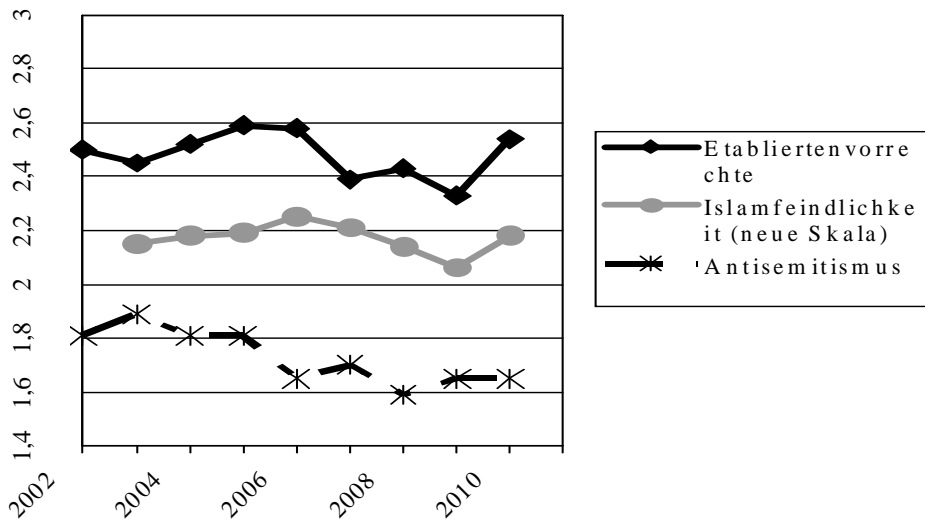
- **Anstieg:** Die Betonung von **Etabliertenvorrechten** hat im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Auch die **Islamfeindlichkeit** ist – nach mehreren Jahren mit abnehmendem Trend – im Vergleich zu 2009 signifikant gestiegen. Seit 2008 deutet sich ebenfalls ein erneuter Anstieg von **Antisemitismus** an. Das Niveau liegt allerdings immer noch unter dem von 2002. Der Anstieg ist vor allem bei Israel-bezogenem Antisemitismus zu beobachten. 38 Prozent stimmen in 2010 zu: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden“ und 57 Prozent sagen: „Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser.“
- **Stabiler Stand:** Im letzten Jahr kaum verändert haben sich das Ausmaß von **Fremdenfeindlichkeit und Rassismus**. Das Niveau liegt tendenziell niedriger als in 2002. Nahezu stabil ist auch **die Abwertung von obdachlosen und behinderten Menschen** seit 2005 (vorher anders gemessen) und die Abwertung von **Langzeitarbeitslosen** (erfasst seit 2007). Fast die Hälfte der Deutsche (49 Prozent) ist z.B. in 2010 der Ansicht: „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.“ 47 Prozent unterstellen in 2010 u.a.: „Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.“ 31 Prozent stimmen in 2010 u.a. der Aussage zu: „Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden“ und befürworten damit die Ungleichbehandlung und den Ausschluss obdachloser Menschen aus dem öffentlichen Raum.
- **Abnahme:** Das Ausmaß von **Sexismus** sinkt seit 2002 fast kontinuierlich. So sind z.B. 20 Prozent der befragten Deutschen in 2010 der Ansicht (verglichen mit 29,4 Prozent in 2002): „Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.“ Auch die Abwertung von **homosexuellen Menschen** ist seit 2005 (vorher anders gemessen) rückläufig. 25,3 Prozent lehnen es in 2010 u.a. eher oder voll und ganz ab „Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern“ zu erlauben und verweigern damit homosexuellen Menschen die gleichen Rechte, Privilegien und Schutzräume, die mit der Ehe einhergehen. In 2002 taten dies noch 40,5 Prozent der Befragten.

Wichtige Anmerkung zu den folgenden Abbildungen:

Nicht alle *augenscheinlichen Unterschiede* sind statistisch signifikante Unterschiede! Statistisch signifikante Unterschiede heben wir besonders hervor.

Absolute Vergleiche zwischen den einzelnen GMF-Elementen, wie z.B. Antisemitismus ist insgesamt geringer als Islamfeindlichkeit, sind nicht geboten, da u.a. die Aussagen zur Erfassung der GMF unterschiedlich hart bzw. weich formuliert sind.

Relative Vergleiche hingegen, wie z.B. im Jahr 2002 wurde den antisemitischen Aussagen weniger zugestimmt als im Jahr 2009, sind möglich.



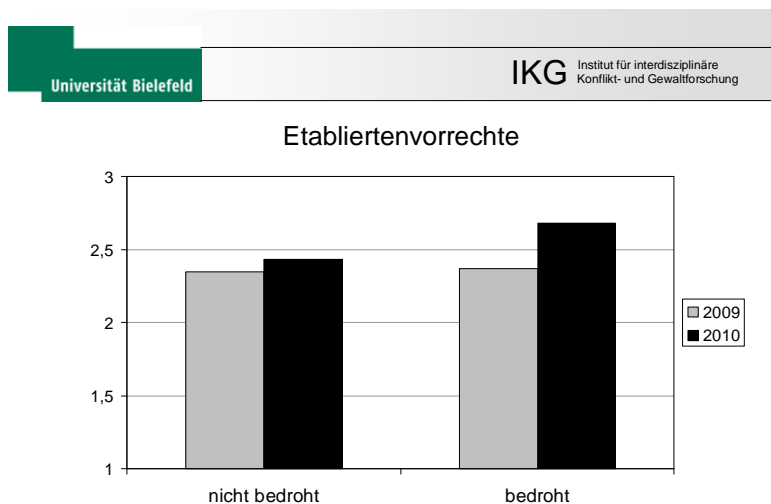
Die genauere Analyse der Veränderungen von 2009 auf 2010 offenbart einige bemerkenswerte Entwicklungen:

a) Wer sich von der Krise bedroht fühlt, neigt insgesamt eher zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Wer sich in 2010 von der Krise bedroht fühlt, tendiert signifikant stärker zur Islamfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechten, Antisemitismus, in der Tendenz auch eher zu Sexismus und Homophobie (aber *nicht* signifikant mehr zu Rassismus und der Abwertung von langzeitarbeitslosen, obdachlosen und behinderten Menschen), verglichen mit jenen, die sich nicht von der Krise bedroht fühlen. Offenbar richtet sich die Abwertung primär gegen mögliche Konkurrenzgruppen.

b) Der Anstieg der Zustimmung zu Etabliertenvorrechten geht auf Befragten zurück, die sich von der Krise bedroht fühlen.

Bei Befragten, die sich nicht von der Krise bedroht fühlen, stagniert die Zustimmung zu Etabliertenvorrechten von 2009 auf 2010.



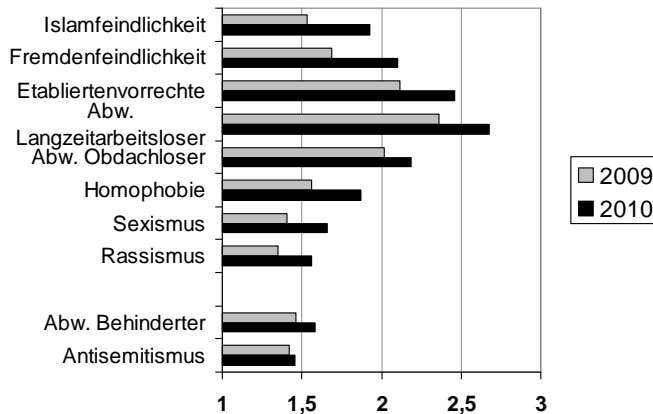
25

c) Deutlicher Anstieg von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit besonders in höheren Einkommensgruppen.

In der höheren Einkommensgruppe (ab 2500 Euro pro Kopf; Haushaltsnettoeinkommen, umgerechnet und gewichtet nach Anzahl der Personen im Haushalt) nimmt die Zustimmung zu **Etabliertenvorrechten und Islamfeindlichkeit** (unten abgebildet) besonders deutlich zu. **Fremdenfeindlichkeit** (unten abgebildet), **Rassismus, Sexismus, und die Abwertung von Langzeitarbeitslosen** stagnieren weitgehend in allen Einkommensgruppen – aber steigen in der höheren Einkommensgruppe. Die Abwertung von **Obdachlosen, Homosexuellen** sinkt

in der Tendenz in allen unteren und mittleren Einkommensgruppen, aber steigt in den Einkommensstarken. Nur der traditionelle **Antisemitismus** und die **Abwertung von behinderten Menschen** stagnieren in allen Einkommensgruppen von 2009 auf 2010.

Signifikanter Anstieg von 2009 auf 2010:
GMF bei Einkommensstarken



24

Abgebildet sind Mittelwerte. Alle Unterschiede 2009/2010 signifikant, mit Ausnahme der Abwertung von behinderten Menschen und von Antisemitismus.

Achtung: Unterschiede im Ausmaß verschiedener GMF-Elemente lassen sich nicht interpretieren, weil die Elemente mit unterschiedlich harten bzw. weichen Formulierungen erfasst wurden.

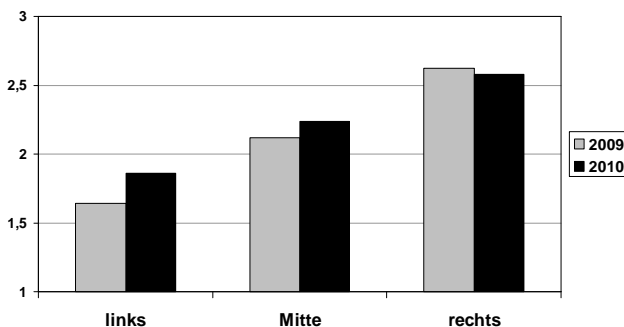
d) Die Islamfeindlichkeit ist im rechten politischen Spektrum besonders ausgeprägt

(die politische Orientierung wurde über die individuelle Selbsteinschätzung erfasst).

Aber: Islamfeindlichkeit steigt in der politischen Mitte und links der Mitte.

Die Mehrheit der Deutschen (60 Prozent in 2010) sieht sich selbst in der politischen Mitte. 25 Prozent sehen sich selbst links der Mitte.

Die Islamfeindlichkeit steigt in der politischen Mitte und links der Mitte.
(politische Selbsteinschätzung)



26

4. Entsolidarisierung und Abwertung im Namen der Gerechtigkeit

Unter den Bedingungen von Krisen wird die Frage nach der Solidarität von Bürgerinnen und Bürgern untereinander neu gestellt. Lässt sich eine Entsolidarisierung beobachten, d.h. wird schwachen Gruppen die Unterstützung entzogen? Und welches Gerechtigkeitsprinzip führt zu mehr, welches zu weniger Abwertung?

a) Entsolidarisierung

Arme fordern mehr Unterstützung für Arbeitslose, aber weniger für Einwanderer

Das Gefühl von der Krise bedroht zu sein befördert die Entsolidarisierung gegenüber Einwanderern. Dies ist insbesondere in den unteren Einkommensgruppen der Fall.

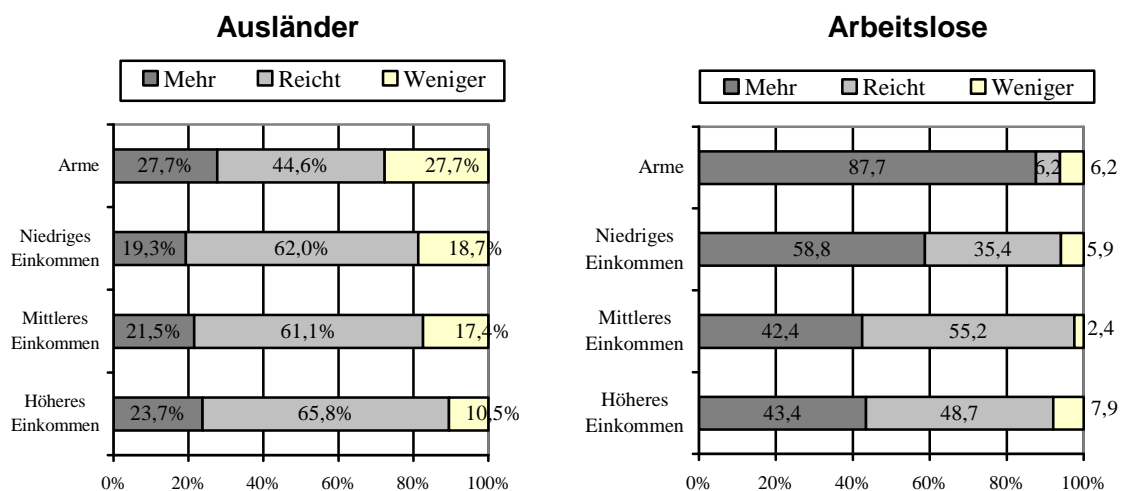
Aber: Wer arm ist und sich auch noch von der Krise bedroht fühlt, solidarisiert sich mit Arbeitslosen – hier wird mehr Unterstützung gefordert.

Arme solidarisieren sich stärker mit Hilfebedürftigen, selbst wenn sie sich von der Krise bedroht und benachteiligt fühlen.

Personen mit höheren Einkommen solidarisieren sich weniger stark mit Hilfsbedürftigen.

Abbildung: Bereitschaft zur Unterstützung schwacher Gruppen, Angaben in Prozent, GMF-Survey 2010

Sollte man die Gruppe *mehr* oder *weniger* unterstützen oder *reicht* die Unterstützung für die Gruppe aus?



b) Abwertung im Namen der Gerechtigkeit

Die Mehrzahl der Deutschen fordert eine Verteilung nach Leistung oder Bedarf. Die Konsequenz: Wer für das Leistungsprinzip ist, wertet jene Gruppen ab, denen mangelnde Leistungsfähigkeit oder -bereitschaft unterstellt wird: Einwanderer, Langzeitarbeitslose und Obdachlose.

Gerechtigkeitsprinzipien und was sie für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bedeuten:

- Das *Leistungsprinzip*: Danach ist der rechtmäßige Anteil an Gütern an die individuellen Anstrengungen und Leistungen von Personen gebunden. 78 % der befragten Deutschen sprechen sich für das Leistungsprinzip aus. Personen mit hohem Einkommen fordern eher Leistungsgerechtigkeit, solche mit niedrigen Einkommen eher Bedarfsgerechtigkeit und Ergebnisgleichheit. **Wer für Leistungsgerechtigkeit ist, stimmt eher fremdenfeindlichen Einstellungen und der Abwertung von Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen zu – wertet also genau jene Gruppen ab, denen eine mangelnde Leistungsbereitschaft bzw. Leistungsfähigkeit unterstellt wird.**
- Das *Bedarfsprinzip*: zielt auf die Sicherung von Grundbedürfnissen. Dem stimmen 82 % der Befragten zu. **Eine Befürwortung des Bedarfsprinzips – die Forderung nach einer bedarfsgerechten Mindestversorgung – schützt hingegen vor Vorurteilen gegenüber schwachen Gruppen.**
- Das *Anrechtsprinzip*: beruht auf der Grundidee zugeschriebener Ansprüche. Im Unterschied zum Leistungsprinzip hängt diese jedoch nicht von der individuellen Leistung ab, sondern von der gesellschaftlichen Zuschreibung von Ansprüchen auf der Basis tradierter gesellschaftlicher Werte (Statuswahrung, traditionelles Familiengefüge, Vererbung). Hier stimmen nur 7,7 % zu. **Wer für Anspruchsgerechtigkeit ist, neigt stärker zum Sexismus und zur Homophobie, d.h., hier geht es um die Wahrung des traditionellen Familiengefüges.**
- Das *Gleichheitsprinzip*: fordert eine im Ergebnis gleichmäßige Verteilung der zur Verfügung stehenden Güter. Dafür sprechen sich 15,5 % der Befragten aus. **Wer für das Gleichheitsprinzip ist, tendiert mit etwas höherer Wahrscheinlichkeit zur Abwertung schwacher Gruppen.** Auf den ersten Blick mag dies überraschen. Aber: Ein rigores Pochen auf gleiche Verteilung, übersieht strukturelle Ungleichwertigkeiten und verweigert schwachen Gruppen die besondere Förderung. Die Überstützung des Gerechtigkeitsprinzips hängt mit einer autoritären Haltung zusammen, die Law-and-Order gegenüber schwachen Gruppen fordert und Unterwürfigkeit.

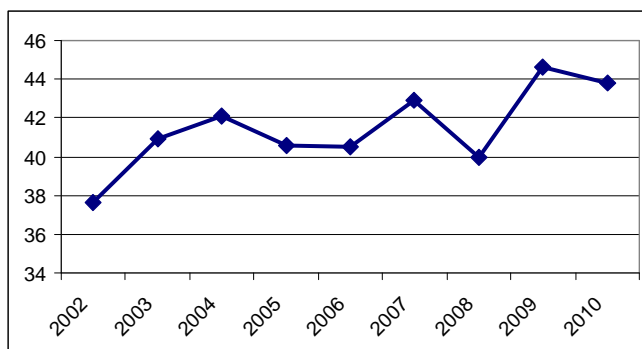
5. Politische Zustände. Demokratieentleerung, Rechtspopulismus und Islamfeindlichkeit

Die Distanz zwischen Politik und Gesellschaft wird größer.

a) Der Anteil jener, die es für sinnlos halten, sich politisch zu engagieren, steigt.



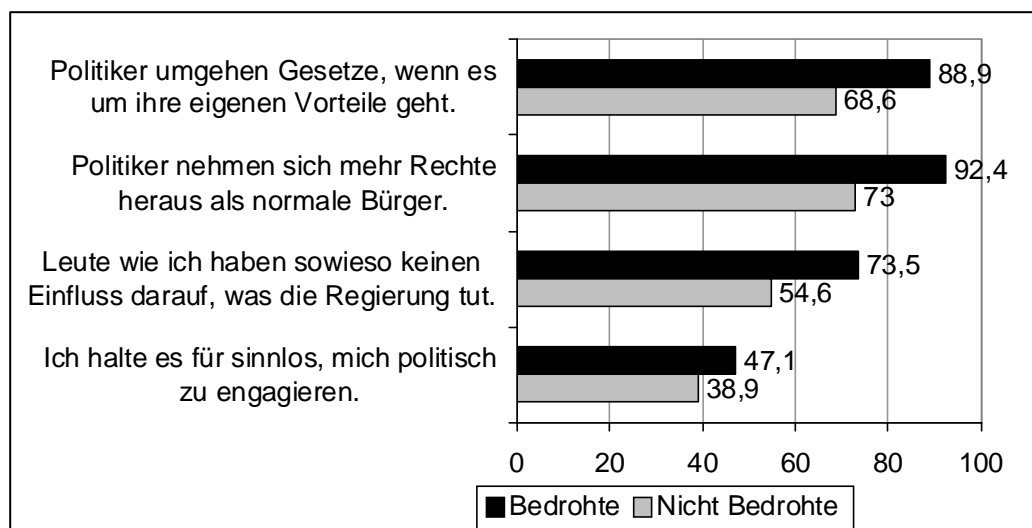
Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren
(Angaben in Prozent)



34

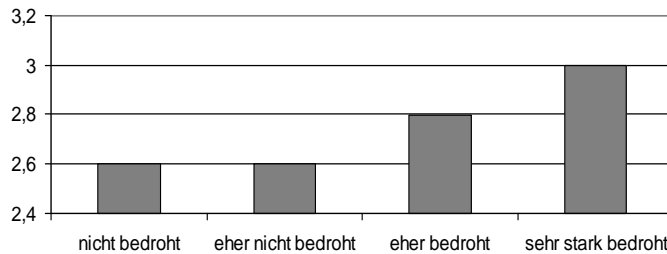
b) Wer sich von der Krise bedroht fühlt, neigt eher zur Demokratieverdrossenheit

Die Demokratieentleerung, also die innere Aushöhlung der politischen Qualität dieser Gesellschaft hat zwischen 2009 und 2010 in Zeiten der Krisen signifikant zugenommen (hier nicht abgebildet). Besonders hoch ist die Demokratieverdrossenheit bei jenen, die sich von der Krise bedroht fühlen (s. Abbildung).



c) Rechtspopulistische Einstellungen nehmen mit der Betroffenheit von der Krise zu.

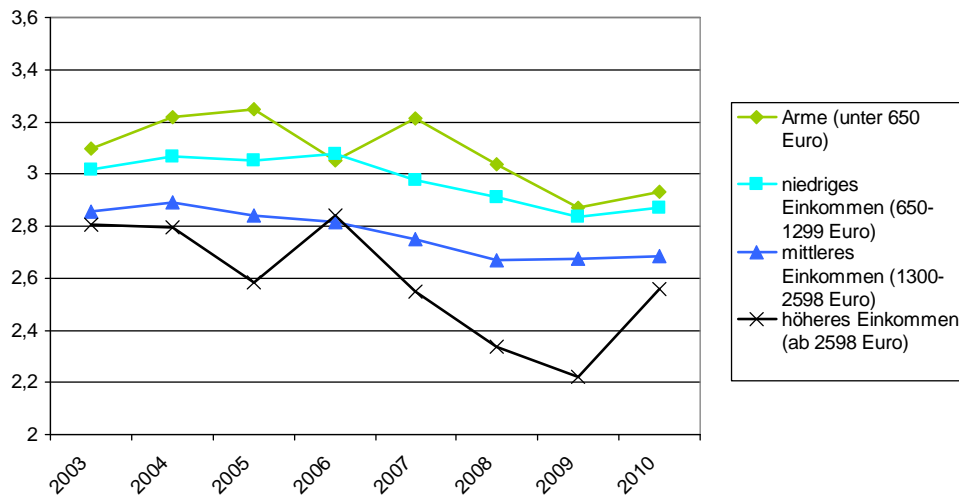
Rechtspopulistische Einstellungen nach Bedrohung



37

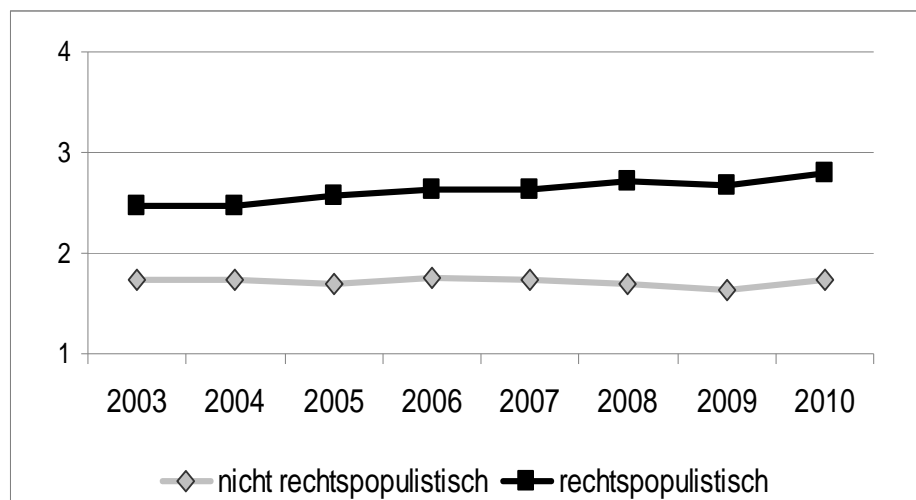
d) Und: Rechtspopulistische Einstellungen nehmen bei Höherverdienenden zu!

Abbildung: Entwicklung rechtspopulistischer Einstellungen von 2003-2010 nach Einkommen. (Mittelwerte; Skala 1-4)



e) Die Islamfeindlichkeit ist bei Befragten mit rechtspopulistischen Einstellungen höher und nimmt in dieser Gruppe in den letzten Jahren kontinuierlich zu.

Abbildung: Anstieg der Islamfeindlichkeit von 2003-2010 bei Befragten mit und ohne rechtspopulistische Einstellungen. (Mittelwerte; Skala 1-4)



Rechtspopulistische Einstellungen gehen deutlich mit Orientierungslosigkeit einher, sind stärker mit aggressiven Stimmungen durchsetzt und mit gewaltbilligenden Einstellungen verbunden. Je anomischer sich die Menschen fühlen, desto eher vertreten sie rechtspopulistische Positionen, die angebliche Sicherheit in unruhigen Zeiten versprechen. Dies nimmt mit dem Alter zu und ist in einer alternden Gesellschaft keine beruhigende Prognose für die zukünftige demokratische Qualität dieser Gesellschaft. Für den sozialen Zusammenhalt in einer zunehmend ethnisch-kulturell heterogenen Gesellschaft sind das keine positiven Signale.

6. Empirisches Fazit

1. Die Wahrnehmung einer Bedrohung durch Krisen hat auch zwischen 2009 und 2010 zugenommen und ist bei den Betroffenen aggressiv aufgeladen.
2. Insbesondere höhere Einkommensgruppen verweigern schwachen Gruppen ihre Unterstützung. Sie reklamieren verstärkt Etabliertenvorrechte und weisen erhebliche Zusammenhänge mit Abwertungen schwacher Gruppen auf.
3. Es gibt unterschiedliche Entwicklungen der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*. Anstiege finden wir bei Forderung von Etabliertenvorrechten, Islamfeindlichkeit und dem über den Umweg Israel kommunizierten Antisemitismus.
4. Die Reklamierung der Etabliertenvorrechte dient immer der Besitzstandswahrung, nur sind die oberen Einkommensgruppen jetzt verstärkt dabei, Privilegien zu sichern.

5. Die zunehmende Islamfeindlichkeit zeigt sich insbesondere bei höheren Einkommensgruppen. Bildung wirkt in diesem Fall der Abwertung *nicht* entgegen. Islamfeindlichkeit ist konsensfähig, auch bei jenen, bei denen es bisher nicht zu erwarten war.
6. Während sich Arme mit Hilfsbedürftigen solidarisieren ist dies in den höheren Einkommensgruppen weniger der Fall.
7. Die Befürworter der Leistungsgerechtigkeit, die in höheren Einkommensgruppen besonders häufig gefordert wird, forcieren die Abwertung solcher Gruppen, denen wenig Leistung zugesprochen wird – also Langzeitarbeitslose, Migranten und Wohnungslose.
8. Die Demokratieentleerung hat zwischen 2009 und 2010 weiter signifikant zugenommen.
9. Rechtspopulistische Einstellungen nehmen insbesondere zwischen 2009 und 2010 in höheren Einkommensgruppen deutlich zu.
10. Rechtspopulistische Einstellungen verbinden sich mit islamfeindlichen Einstellungen und sind aggressiv aufgeladen.

7. Interpretation der empirischen Ergebnisse: das Problem einer rohen Bürgerlichkeit

Das Fazit unserer Untersuchung lautet, dass wir es mit *disparaten Entwicklungen* zu tun haben, die von *gesellschaftlichen Vergiftungen* durchzogen sind.

- *Erstens* sind inzwischen – angefeuert von politischen, medialen und wissenschaftlichen Eliten – in höheren Einkommensgruppen deutliche *Anstiege* (nicht Ausmaße) hinsichtlich abwertender, menschenfeindlicher Einstellungen gegenüber verschiedenen schwachen Gruppen aus dem Syndrom der *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* vorzufinden, insbesondere Islamfeindlichkeit. Dies muss als eine deutliche Vereisung des sozialen Klimas interpretiert werden.
- *Zweitens* haben wir es mit einer zunehmend *rohen* Bürgerlichkeit zu tun. Diese Rohheit zeichnet sich dadurch aus, dass es infolge von ökonomischen wie gesellschaftlichen Kriseneffekten deutliche Hinweise auf eine *entsicherte wie entkultivierte Bürgerlichkeit* gibt, die auch über angeblich liberale Tages- und Wochenzeitungen verbreitet wird. Diese rohe Bürgerlichkeit wird nicht als Status sondern als Haltung verstanden. Es ist nicht der Umfang, sondern die *Einflussmächtigkeit* dieser höheren Einkommensgruppen zur negativen Veränderung des sozialen und politischen Klimas, die scharf markiert werden muss.

Sie zeigt sich in Forderungen

- nach Abbau von Bedarfsgerechtigkeit. Die neue Formel des Abbaus von sozialstaatlichem Anrecht auf Unterstützung lautet: Gnade durch Wohlhabende und Selbstverantwortung der sozial Schwachen.

- Die Reklamierung eigener ungerechter Behandlung durch Wohlhabendere trotz der Umverteilung von unten nach oben. Es ist die Entblößung bisheriger ohnehin labiler Moralität. Der semantische Klassenkampf von oben wird ungeniert offenbart.

Die *rohe Bürgerlichkeit* zeichnet sich durch den Rückzug vom sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft befördernden Solidargemeinschaft aus – befeuert durch politische Entscheidungen. Ihre Entkultivierung offenbart sich im rabiaten Auftreten und Durchsetzen eigener Ziele mit rabiaten Mitteln. Das zeigt sich in der Abwertung schwacher Gruppen. Diese rohe Bürgerlichkeit scheint ihren gepflegten Konservatismus unter dem Druck der Verhältnisse abzustreifen. Zivilisierte, tolerante, differenzierte Einstellungen in höheren Einkommensgruppen scheinen sich in unzivilisierte, intolerante – verrohte – Einstellungen zu wandeln. Es geht um die Sicherung bzw. Steigerung eigener *sozialer Privilegien* durch Abwertung und Desintegration volkswirtschaftlich etikettierter Nutzloser sowie um die *kulturelle Abwehr* durch Abwertung (etwa hinsichtlich der Islamfeindlichkeit). Es mehren sich Hinweise, dass sich die angebliche Liberalität höherer Einkommensgruppen in reaktionäre Einstellungen wandelt – wenn sich diese Ergebnisse zu Trends verdichten sollten.

- *Drittens* ist das Verhältnis von *regierender Politik* und *gesellschaftlichen Gruppen* nachhaltig gestört. Demokratieentleerung ist in unruhigen Zeiten gefährlich für die Akzeptanz des demokratischen Systems. Das rechtspopulistische Potential, mit islamfeindlichen Einstellungen verbunden und aggressiv aufgeladen, zeigt dies. Dieses rechtspopulistische Potential ist in allen gesellschaftlichen Gruppen vorrätig, aber die Zunahme in höheren Einkommensgruppen ist auffällig und gefährlich, weil die *rohe Bürgerlichkeit* und ihre *Mobilisierungsexperten* in Medien die angebliche Dekadenz dieser Gesellschaft – Herbert Prantl hat dies im Band thematisiert –, das angebliche Schweigen über die Integrationsprobleme von Eingewanderten und fehlende Leistungsbereitschaft „unten in der Gesellschaft“ etc. aggressiv beklagen. Zur Bekämpfung dieser Dekadenz bedarf es nach ihrer Ansicht innergesellschaftlicher Feindbilder. Muslime gehören ebenso dazu wie wirtschaftlich Nutzlose. Die Botschaft dieser Akteure lautet: Wenn die „Bürgerlichkeit“ semantisch neu aufgerüstet würde, assistiert von regierender Politik, würde die Dekadenz in uns – und damit in dieser Gesellschaft bekämpft. Der Aufruf zur Gründung einer Partei rechts von der CDU ist bereits gestartet, das Potential dazu ist ebenso vorhanden wie die schon markierten Opfer von Abwertung und Diskriminierung aus ökonomischen wie kulturell entwickelten Gründen. Eine solche Partei scheint eher unwahrscheinlich, aber eine *verdeckte Bewegung*, die sich nicht auf der Straße zeigt, aber in den Mentalitäten aufschauelt, existiert längst. Auch unsere empirischen Ergebnisse unterstützen diese Interpretation.

Die Perspektive für eine liberale und humane Zukunft dieser Gesellschaft sieht anders aus.

DETAILS: DIE ERFASSUNG VON GMF, ZUSTIMMUNG IN PROZENT

Prozentsatz der Befragten, die einer Aussage „eher“ oder „voll und ganz“ zugestimmt haben.	2009	2010	Veränderung von 2009-2010
Rassismus			
Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.	14,4	19,1	**
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	11,3	11,3	n.s.
Fremdenfeindlichkeit			
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	45,8	49,4	n.s.
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	23,6	24,4	n.s.
Antisemitismus			
Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss.	16,5	16,4	n.s.
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	10,8	12,5	n.s.
Etabliertenvorrechte			
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	53,7	64,7	***
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.	30,1	37,7	***
Sexismus			
Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	20,7	20	n.s.
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	13,5	14	n.s.
Islamfeindlichkeit			
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	21,4	26,1	**
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	32,2	38,9	***
Homophobie			
Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	27,8	26,1	n.s.
Homosexualität ist unmoralisch.	15,7	16,3	n.s.
Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein. (hier: Prozentsatz der Ablehnung)	29,4	25,3	n.s.
Abwertung von obdachlosen Menschen			
Die Obdachlosen in den Städten sind unangenehm.	35,1	34,2	n.s.
Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu.	26,3	28	n.s.
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	36,3	31,2	*
Abwertung von behinderten Menschen			
Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.	5,3	6,8	**
Viele Forderungen von Behinderten finde ich überzogen.	11,5	8,6	n.s.
Behinderte erhalten zu viele Vergünstigungen.	6,5	6,2	n.s.
Abwertung von Langzeitarbeitslosen			
Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.	47	47,3	n.s.
Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.	57,2	58,9	n.s.

***: hoch signifikant auf dem 0,1%-Niveau; **: signifikant auf dem 1%-Niveau;
*: signifikant auf dem 5%-Niveau

Das Forschungsteam

Bielefelder Team:

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer (Tel.: 0521-1063164; ikg@uni-bielefeld.de)

Prof. Dr. Andreas Zick (Tel.: 0521-1062442; zick@uni-bielefeld.de)

Dipl.-Soz., M.A. Eva Groß (Tel.: 0521-1063116; eva_maria.gross@uni-bielefeld.de)

Dipl.-Päd. Anna Klein (Tel.: 0521-1063131; anna.klein@uni-bielefeld.de)

Dipl.-Soz. Daniela Krause (Tel.: 0521-1063116; daniela.krause@uni-bielefeld.de)

Dr. Beate Küpper (Tel: 0521-1062443; beate.kuepper@uni-bielefeld.de)

Dipl.-Soz. Sandra Legge

Apl. Prof. Dr. Jürgen Mansel (juergen.mansel@uni-bielefeld.de)

Dipl.-Pol. Dierk Borstel (dierk.borstel@uni-bielefeld.de)

Dipl.-Sozw. Andreas Grau (andreas.grau@uni-bielefeld.de)

Dipl.-Soz. Julia Gundlach

Dipl.-Soz. Andreas Hövermann

Dipl.-Soz. Julia Marth (julia.marth@ijcv.org)

Dipl.-Psych. Hinna Wolf

Kooperationspartner:

Prof. Dr. Steffen Kühnel (Universität Göttingen, Methodenzentrum)

Dr. Jürgen Leibold (Universität Göttingen, Methodenzentrum)

Prof. Dr. Jost Reinecke (Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie)

Prof. Dr. Peter Schmidt (Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaften)

Prof. Dr. Ulrich Wagner (Universität Marburg, Fachbereich Psychologie)